

## **Offener Brief zum Thema Unterbringung von Flüchtlingen in der Stadt Langenberg**

In der Sitzung des Sozialausschusses am 10.05.2023 wird eine Beschlussvorlage zum Bau von Interims-Flüchtlingsunterkünften vorgelegt werden. Wir möchten dazu die folgenden Aspekte einbringen.

Aus unserer Sicht ist die starke Auslastung der vorhandenen Heime nicht nur eine Folge großer Flüchtlingsströme, sondern auch die Folge fehlenden Wohnraumangebots für anerkannte Flüchtlinge in Langenberg. In den Heimen wohnen eine erhebliche Anzahl von anerkannten Flüchtlingen, die finanzielle Unterstützung für die Anmietung von Wohnraum erhalten können oder über Eigenmittel verfügen. Wir gehen davon aus, dass die Zahl der hierfür in Frage kommenden Personen weit über 300 liegt (alle Flüchtlinge aus der Ukraine sind berechtigt, Ende 2022 waren außerdem mehr als 150 Heimbewohner anderer Nationalitäten ebenfalls berechtigt).

Die Zeit des Zustroms ukrainischer Flüchtlinge ab März vorigen Jahres hat gezeigt, dass es durchaus privaten Wohnraum in Langenberg gibt, der für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden kann. Dieses Potenzial ist aber nicht am Wohnungsmarkt angeboten worden, sondern wurde aus eben diesem Anlass bereit gestellt und somit sichtbar. Wir gehen davon aus, dass das Potenzial an nicht genutztem Wohnraum deutlich höher liegt als das im Zuge des Ukrainekriegs sichtbar gewordene Volumen.

Außerdem ist zu überlegen, ob das als Sammelunterkünfte verwendete Gebäudekonzept, das aus einzelnen, i.d.R. 16 m<sup>2</sup> großen Zimmern und gemeinschaftlich genutzten Sanitäranlagen und Küchenräumen besteht, wirklich eine sinnvolle Investition darstellt. Beispiele aus anderen Kommunen zeigen, dass es möglich ist, Sammelunterkünfte an Wohnungsstandards zu orientieren oder zumindest so zu konzipieren, dass die Aufteilungen mit geringem Aufwand in Wohnungsstandard umgewandelt werden können. Unter der Internet-Adresse

<http://www.makingheimat.de/fluechtlingsunterkuenfte/datenbank>

finden sich fast 80 Beispiele für nutzenorientierte Lösungen im Flüchtlingsheimbau, darunter z.B. ein preisgekröntes Projekt eines Hildener Architekturbüros.

Wir müssen davon ausgehen, dass sich die Tendenz der letzten Monate fortsetzt und zunehmend Flüchtlinge den Kommunen zugewiesen werden, die bereits die Anerkennung und Aufenthaltserlaubnis haben. Dieser Personenkreis besteht somit aus potentiellen Mietern. Ein neues Wohnheimkonzept im obigen Sinne dient also sowohl als Sofortunterbringung als auch als Mietobjekt. Mit dieser Strategie können sicher auch private Investoren für den Bau von Wohnheimen im Mehrfamilienhausstandard gewonnen werden, wobei die Kommune nur vorübergehend als Mieter auftreten muss.

Wir erlauben uns daher die folgenden Vorschläge in die politische Diskussion einzubringen:

1. Die Stadtverwaltung Langenberg startet eine Wohnraumoffensive, um Vermieter davon zu überzeugen, dass Wohnraum an Flüchtlinge problemlos vermietet werden kann und adressiert Vertrauen schaffende Maßnahmen in die Zielgruppe der Vermieter.
2. Verwaltung und Politik denken über neue Unterbringungskonzepte nach, welche berücksichtigen, dass die Bewohner aus der Flüchtlingsklientel gleichzeitig auch potenzielle Mieter sind.

Langenberg, 08.05.2023

Der Lenkungskreis des Vereins Flüchtlingshilfe.Langenberg e.V.  
vertreten durch den Vorstand